



Der Wahlkampf nimmt Fahrt auf



Screenshot Morgenpost

In Berlin haben wir die doppelte, bezieht man die Bezirke mit ein, sogar die dreifach Qual der Wahl. Sowohl für das Amt der Bundeskanzlerin als auch für das des Regierenden Bürgermeisters treten die Amtsinhaber nicht erneut an. Die Karten werden also neu gemischt.

Uns interessiert natürlich, welche Partei den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin stellen können. Interessieren wir uns aber auch dafür, wer für uns Berlinerinnen und Berliner im Bundestag sitzen und darüber abstimmen wird?

Obwohl in Innenräumen auch wieder Publikum anwesend sein darf, fand gestern Abend eine Podiumsdiskussion ohne Zuschauerinnen und Zuschauer statt. Wie viele sich online die Diskussion ansahen, wissen wir nicht. Übertragen wurde die Veranstaltung auf den Internetseiten der veranstaltenden *Friedrich-Naumann-Stiftung* und des Kooperationspartners *Berliner Morgenpost*. Deren Vize-Chefredakteur, **Gilbert Schomaker**, moderierte das 90-minütige Gespräch, das als „Elefantenrunde“ angekündigt wurde.

<https://plus.freiheit.org/fur-berlin-in-den-bundestag-die-berliner-elefantenrunde>

Teilgenommen haben die bisherigen Bundestagsabgeordneten, die gern wiedergewählt werden möchten, **Petra Pau** (Linke), **Lisa Paus** (Grüne), **Christoph Meyer** (FDP) und **Jan-Marco Luczak** (CDU). Insidern fällt auf, dass Luczak nicht in die Kategorie „Elefanten“ gehört, denn im Gegensatz zu den anderen ist er nicht der Spitzenkandidat seiner Partei. Warum **Monika Grütters** nicht teilnahm, wird weder in der Anmoderation noch in den Vorab-Ankündigungen verraten. Auch findet sich kein Hinweis darauf,

warum die Spitzenkandidatin der AfD, **Beatrix von Storch**, nicht eingeladen worden war. Ob einem das nun passt oder nicht, die AfD ist die größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag.

Einziger neuer Kandidat für den Bundestag ist der Regierende Bürgermeister **Michael Müller**, Spitzenkandidat der Berliner SPD. Als Präsident des Bundesrates und Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz hat er inzwischen reichlich bundespolitische Erfahrung gesammelt. Außerdem saß er bei den Koalitionsverhandlungen zur Bildung der neuen Bundesregierung 2017 einer Kommission mit Luczak, dem das Etikett „Immobilien-Lobbyist“ anhaftet. Luczak sorgte in der Diskussionsrunde für den einzigen peinlichen Lacher, als er mit den Namen Pau und Paus durcheinandergeriet und vom „Doppelten Lottchen“ sprach. Macho-Treffer. Glückwunsch!

Weder in der Print- noch in der Online-Ausgabe der Berliner Morgenpost findet sich ein Bericht über die gestrige Veranstaltung. (Online: Stand 08:30 Uhr).

Natürlich ging es um Verkehrsfragen und um Bildung. Das Kernthema war aber der Wohnungsmarkt, der vor allem für Großstädte und Ballungsräume das zentrale Thema im Wahlkampf sein wird. Auf dem flachen Land in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg und Bayern kann man die Probleme, die Berliner, Hamburger, Bremer oder Kölner haben kaum nachvollziehen.

Ob der Mietendeckel das geeignete Mittel war, ist umstritten. Luczak und seine Freunde aus der Union und FDP haben das Projekt, bevor es sich nachhaltig entfalten konnte, stoppen lassen. Verhindert wurde es vom Bundesverfassungsgericht nicht wegen inhaltlicher Bedenken, sondern wegen der formaler Zuständigkeit. Der von Luczak gepriesene Mietenspiegel löst das Problem steigender Mieten nicht. Der Ruf nach Neubau ist berechtigt. Man muss aber auch wissen, dass heute kein Quadratmeter unter zehn Euro gebaut werden kann. Wer sich Mieten für sechs Euro wünscht, muss sich über die Finanzierung Gedanken machen.

Es ist schön, dass im Artikel 13 des Grundgesetzes die Unverletzlichkeit der Wohnung festgeschrieben ist. Ein Grundrecht auf eine Wohnung findet man jedoch an keiner Stelle. Es nützt nichts, dass das Recht auf Wohnen als Menschenrecht in Artikel 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR), Art. 16 der Europäischen Sozialcharta vom 16. Dezember 1966 sowie Art. 31 der revidierten Europäischen Sozialcharta verankert ist. Einklagbar ist dieses Recht nicht.



Dabei waren wir in diesem Land schon mal weiter: „In Deutschland formulierte die Weimarer Verfassung im Sommer 1919 in Art. 155 erstmals das staatliche Ziel, ‚jedem Deutschen eine gesunde Wohnung‘ zu sichern.“ Was immer gesund bedeutet hat. In der DDR war das Recht auf Wohnen in der Verfassung verankert. (Quelle: Wikipedia)

Dieses Recht hätte man doch, neben Ampelmännchen und Sandmann von der DDR übernehmen können.

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik Artikel 37: „Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Wohnraum für sich und seine Familie entsprechend den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und örtlichen Bedingungen. Der Staat ist verpflichtet, dieses Recht durch die Förderung des Wohnungsbaus, die Werterhaltung vorhandenen Wohnraums und die öffentliche Kontrolle über die gerechte Verteilung des Wohnraums zu verwirklichen.“ Klingt doch gut, Herr Luczak, oder?

Den letzten Satz in diesem Artikel: „Jeder Bürger hat das Recht auf Unverletzbarkeit seiner Wohnung.“, sah die Staatssicherheit oft anders.

Kurzum: Es muss etwas geschehen. Und zwar auf Bundesebene. Ein Betätigungsfeld, um das sich **Michael Müller** in seiner neuen Rolle im Bundestag kümmern wird.

Das Problem mit mangelndem Wohnraum, dieser letzte Absatz sei (scherzhaft) gestattet, ließe sich in Berlin leicht lösen. In unserer Stadt gibt es 52 Prozent Single-Haushalte. Wenn nur ein Teil davon zusammenzöge, würde das helfen.

Weitestgehend gescheitert sind die Bemühungen, große gegen kleine Wohnungen zu tauschen. In nicht wenigen großen Wohnungen leben ältere Damen oder Herren, allein. Die Kinder sind längst ausgezogen und der Ehepartner ist verstorben. Natürlich ist eine Vier-Zimmer-Wohnung für eine Person zu groß, zwei würden auch reichen. Jemand zum Wohnungswechsel zu bewegen, der Jahrzehnte dort gewohnt hat, nun aus dem vertrauten Kiez wegziehen soll, um woanders für weniger Wohnraum die gleiche Miete zahlen soll, ist unrealistisch. Das macht kein Mensch.

Was ist also die Lösung des Wohnungsproblems? Keine Ahnung.

Ed Koch

Noch eine Elefantenrunde



Sie wollen in den Sommerferien in den Urlaub fahren und stellen plötzlich fest: Der Pass ist abgelaufen. Schnell zum Bürgeramt? Das ist in Berlin eine Herausforderung: In den nächsten zwei Monaten gibt es keine Termine. Überhaupt ist Spontaneität schwierig in dieser Stadt: Einen Zebrastreifen auf die Straße zu bringen, dauert circa drei Jahre - ganze 18 Verwaltungsschritte sind dafür notwendig. Bezirke und Senat spielen gern Behördenpingpong, meist gehörter Aussage: nicht zuständig! Mit guten Gründen wird gern an die jeweils andere Stelle verwiesen.

Berlin lähmt sich selbst. Wie kann die Stadt aus diesem Kreislauf der Unzuständigkeiten entkommen? Was muss in der nächsten Legislatur passieren, damit Berlin die moderne Verwaltung bekommt, die ihre Bürgerinnen und Bürger verdienen? Und alle rechtzeitig an ihre Pässe für den Urlaub kommen?, heißt es im Einladungstext des Tagesspiegels.

Gemeinsam mit der *Stiftung Zukunft Berlin* lädt der *Tagesspiegel* am Donnerstag, dem 17. Juni 2021, um 19:00 Uhr, zu einer Diskussionsrunde ein. „Mit einer Mischung aus Spitzenpolitikern, Bezirksbürgermeisterinnen, und Menschen, die sich auskennen.“

Es diskutieren **Franziska Giffey**, Spitzenkandidatin der SPD für die Abgeordnetenhauswahl, **Kai Wegner** und **Sebastian Czaja**, Spitzenkandidaten der CDU und der FDP, **Monika Herrmann** (Grüne), Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg und Kandidatin für das Abgeordnetenhaus, sowie **Tobias Schulze**, stellvertretender Landesvorsitzender der Linken. Moderiert wird die Veranstaltung von **Anke Myrrhe**, Stellvertretende Chefredakteurin beim *Tagesspiegel*. Eine Einführung in die Probleme gibt **Stefan Richter**, Geschäftsführender Vorstand der *Stiftung Zukunft Berlin*.

Auch bei dieser Veranstaltung kein Hinweis darauf, warum die Spitzenkandidatin der Grünen, **Bettina Jarasch**, nicht dabei ist oder ein Vertreter der AfD.